

ANZEIGE

CAMP DAVID
just explore

NEU IN DER WATERFRONT!

Men's Fashion

AG-Weser-Str. 3 • 28237 Bremen • www.campdavid.de

BREMEN

Stadionverbote für Hooligans

Bremen. Werder Bremen hat gegen sieben Hooligans Stadionverbote verhängt. Die bundesweit geltenden Verbote laufen bis zum 30. Juni 2015. Die Männer waren vom Amtsgericht wegen des Überfalls auf Partygäste im Ostkurvensaal des Weserstadions zu Geldstrafen verurteilt worden. Seite 9

METROPOLREGION

Brand auf Fähre gelöscht

Cuxhaven. Flammen in der Schiffssauna: Die Feuerwehr hat in einem spektakulären Einsatz auf See einen Brand an Bord einer Nordseefähre gelöscht. Sechs Spezialisten seilten sich von einem Hubschrauber auf die „Hafnia Seaways“ ab. Seite 13

NIEDERSACHSEN & DER NORDEN

Beschwerdestelle für Autofahrer

Hannover. Kilometerlange Baustellen auf Straßen und kein Arbeiter zu sehen? Verärgerte Autofahrer können sich jetzt an eine Beschwerdestelle wenden. Ziel ist es, Baustellen aufzudecken, auf denen nicht effizient gearbeitet wird. Niedersachsen schneidet bisher gut ab. Seite 14

FUSSBALL AKTUELL

Europa League

Seite 22

Hannover 96 – FC Kopenhagen 2:2
AEK Larnaka – FC Schalke 04 0:5

WESER-KURIER.DE

GASTSPIEL BEIM FC AUGSBURG

Werder heute im Liveticker

Heute Abend eröffnen der FC Augsburg und Werder Bremen den zehnten Bundesliga-Spieltag. Kann Werder den Abwärtstrend der letzten Wochen stoppen? Wir berichten ab 20.30 Uhr im Liveticker unter www.weser-kurier.de/werder

BUCHTIPP

„Die Seelen der Nacht“

In dieser Woche stellen wir im Buchtipp „Die Seelen der Nacht“ von Deborah Harkness vor. Ein Fantasy-Roman über eine Hexe und einen Vampir, die international verfolgt werden. Mehr unter: www.weser-kurier.de/freizeit

DAS WETTER



Mix aus Sonne und Wolken

Ein Hoch zieht zu uns nach Mitteleuropa und sorgt für ruhiges und trockenes Herbstwetter. Ausführliches Wetter Seite 6

INHALT

Familienanzeigen	25
Fernsehen	12
Leserforum	25
Rätsel & Roman	26
Schiffahrt	19
Veranstaltungsanzeigen	27

KONTAKT

Telefonzentrale: 04 21 / 36 71 0
Abonnenten-Service: 04 21 / 36 71 66 77
Anzeigenannahme: 04 21 / 36 71 66 55

H 7166 • 28189 BREMEN



Bremens Kindergärten müssen sparen

Bremen. Um Kürzungen der rot-grünen Koalition bei den städtischen Kindergärten entbrennt ein Streit zwischen Elternvertretern und der Sozialbehörde von Senatorin Anja Stammann (Grüne). Der städtische Eigenbetrieb Kita Bremen, der in 67 Kindertageseinrichtungen rund 8000 Mädchen und Jungen betreut, soll bis zum Jahresende 910000 Euro weniger ausgeben. Unter anderem soll jetzt am täglichen Essen gespart werden. Die Eltern reagieren empört. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es: „Finger weg vom Essen“.

Mit drei Bausteinen soll jetzt nach Darstellung von Elternsprecher Torsten Bobrink versucht werden, die geforderte Summe aufzubringen: Es soll erstens weniger Geld für die Mahlzeiten ausgegeben werden. Die Eltern fürchten zweitens, dass es zu einem weiteren Schließungstag kommen könnte. Darüber wird aber noch verhandelt. Und drittens soll Kita Bremen demzufolge auf die eigenen Rücklagen zurückgreifen. Bobrink befürchtet nun, dass die Einsparungen letztlich auch zulasten der Betreuungsqualität gehen.

Ein Sprecher der Sozialbehörde beteuert aber, dass das nicht die Absicht sei. Ein Ausgaben-Vergleich der Träger von Kindergärten habe aber bereits im vergangenen Jahr ergeben, dass Kita Bremen in einigen Positionen mehr Geld ausbe. Zum Beispiel seien dies die Beschaffung und die Reinigung. Die Spar-Vorgabe sei außerdem rechtzeitig angekündigt worden.

Klaus Möhle, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, ist mit der Kürzung bei Kita Bremen nicht einverstanden. Er fordert, dass Sozialsenatorin und Finanzsenatorin bis zur nächsten Runde der Haushaltsberatungen eine Lösung finden: „Es kann nicht sein, dass in diesem Bereich gekürzt wird.“ Auch Elternsprecher Bobrink kritisiert die Beschlüsse: „Bei den Schwächsten darf man nicht sparen.“ Bericht Seite 7

erhalten, dass Kita Bremen in einigen Positionen mehr Geld ausbe. Zum Beispiel seien dies die Beschaffung und die Reinigung. Die Spar-Vorgabe sei außerdem rechtzeitig angekündigt worden.

Klaus Möhle, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, ist mit der Kürzung bei Kita Bremen nicht einverstanden. Er fordert, dass Sozialsenatorin und Finanzsenatorin bis zur nächsten Runde der Haushaltsberatungen eine Lösung finden: „Es kann nicht sein, dass in diesem Bereich gekürzt wird.“ Auch Elternsprecher Bobrink kritisiert die Beschlüsse: „Bei den Schwächsten darf man nicht sparen.“ Bericht Seite 7

Freimarkt: Böhrnsen fordert Mindestlohn

Stadt will bei Standplatzvergabe Regeln durchsetzen

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Gelbe Karte für Betriebe auf dem Freimarkt, die ihren Beschäftigten nur wenig Lohn zahlen: Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) hat angekündigt, auch die Lohnfrage nach vorne zu stellen, wenn bei der nächsten öffentlichen Ausschreibung darüber entschieden wird, wer auf dem Freimarkt seine Geschäfte machen darf. „Wir werden nicht akzeptieren, wenn die Betriebe ihren Leuten keinen Mindestlohn zahlen“, sagte Böhrnsen dieser Zeitung. Der Bürgermeister fordert eine Untergrenze von 8,50 Euro.

Der Freimarkt mit seinen weit mehr als 1000 Beschäftigten ist ein einziger Niedriglohnsektor. Gezahlt werden nach Recherchen unserer Zeitung in der Regel unter acht Euro in der Stunde, in anderen Fällen sind es Pauschalsummen, die auf die Arbeitszeit gerechnet noch einen deutlich geringeren Stundenlohn ausmachen.

Nach Angaben von Rudi Robrahn, Vorsitzender des Bremer Schaustellerverbandes, gibt es 365 Betriebe auf dem Freimarkt mit durchschnittlich je drei bis vier Beschäftigten. Es sei viel Stammpersonal darunter, das von Jahrmarkt zu Jahrmarkt reise, gerade in der Aufbauphase kämen aber auch jede Menge Gelegenheitsarbeiter hinzu, die sich den Schaustellern kurzfristig und meistens aus eigenem Antrieb anböten. Mit Kräften, die von der Agentur für Arbeit vermittelt würden, habe er meist schlechte Erfahrungen gemacht, sie seien nicht zuverlässig genug, sagte Robrahn.

Tatsächlich hat die Agentur nach eigener Darstellung in diesem Jahr nur wenige Arbeitskräfte an den Freimarkt vermittelt. Darunter Studenten für den Aufbau, die acht Euro die Stunde bekommen hätten, aber auch Arbeitskräfte für Imbissbetriebe, die mit sieben Euro entlohnt würden. Ein Niveau, das nach dem Gesetz noch in Ordnung ist, sagt die Agentur für Arbeit. Der Tarif – für Verkaufshilfen liegt er bei 7,50 Euro – dürfe so weit unterschritten werden, bis die Grenze von 30 Prozent erreicht sei, bei der Imbisskraft wären das 4,90 Euro. „Alles andere wäre sittenwidrig, und die Beschäftigung dann illegal.“

Böhrnsen, die SPD und mittlerweile auch die Grünen im Senat setzen die Grenze ganz woanders. Der Lohn, egal in welchem

Bereich, sollte demnach 8,50 Euro nicht unterschreiten. Der Senat macht sich dafür unter anderem mit einer Initiative im Bundsrat stark. Sie selbst hat er in diesem Zusammenhang ein strenges Reglement verordnet: Überall, wo in Bremen die öffentliche Hand mit im Spiel ist, soll der geforderte Mindestlohn gelten. So jetzt auch auf dem Freimarkt, der vom Stadtamt organisiert wird.

Überprüft werden die Beschäftigungsverhältnisse auf der Bürgerweide von Beamten des Zolls. In den vergangenen Jahren sei dabei zwar der eine oder andere Verstoß festgestellt worden und einige Ermittlungsverfahren liefen noch, doch im Ganzen bleibe das bei der Vielzahl der Beschäftigten im Rahmen, sagte Zoll-Sprecher Marc Behre. In diesem Jahr habe es noch keine Überprüfung gegeben, aber, so Behre, „der Freimarkt ist ja noch nicht zu Ende“.

Die Zollbeamten schauen nach der Arbeitserlaubnis, der Sozial- und Krankenversicherung, nach den Arbeitszeiten und nach dem Lohn, der gewährt wird. Die Gewerbeaufsicht wiederum kümmert sich speziell um den Arbeitsschutz. Tragen die Arbeiter einen Helm, wenn mit schwerem Gerät aufgebaut wird? Tragen sie Sicherheitsschuhe? Und liegen Prüfzeugnisse für Krane und ähnliches vor, was beim Zusammensetzen der turmhohen Karussells benötigt wird?

Rudi Robrahn, der mit einem Fahrgeschäft und zwei Imbissbetrieben auf dem Freimarkt vertreten ist, zahlt seinen Helfern beim Auf- und Abbau nach eigenen Angaben zehn Euro in der Stunde. „Meine Angestellten, die bei den Kunden die Fahrtickets einsammeln bekommen natürlich weniger.“ Wieviel genau, wollte Robrahn nicht verraten: „Das sind meist Pauschalsummen, und manchmal kommt oben noch was drauf.“ Andere Schausteller, die zum Teil seit Jahrzehnten den Freimarkt besichtigen, sprechen von Stundenlöhnen im Bereich von sechs bis acht Euro. Viele Beschäftigte, darunter vor allem Osteuropäer, würden allerdings pauschal bezahlt, mit 200 bis 250 Euro pro Woche – bei sieben Tagen und einer Arbeitszeit von mittags bis spät-abends. „Dafür bekommen sie aber auch Kost und Logis, haben das Geld also komplett zur Verfügung“, sagte ein Schausteller. Kommentar Seite 2



Jens Böhrnsen
FOTO: ROLAND SCHEITZ

Koalition kündigt Steuersenkung an

Berlin (wk). CDU und FDP wollen die Steuern von 2013 an um maximal sechs bis sieben Milliarden Euro senken. Mit ihrer Einigung einen Tag vor dem Koalitionsgipfel lösten Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) allerdings sofort auch neuen Streit mit der CSU aus. „Mit uns gibt es da keine Einigung“, erklärte CSU-Chef Horst Seehofer gestern in München. Man werde beim Koalitionstreffen heute Abend „über das gesamte Finanztableau reden“.

Ein Beschluss der Koalition stehe noch aus, räumte Schäuble bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Rösler in Berlin ein. Die Länder könnten die schwarz-gelben Steuerpläne im Bundesrat noch stoppen – Länder und Gemeinden müssten auch auf Einnahmen verzichten. Die SPD kündigte eine Blockade im Bundesrat an.

Rösler und Schäuble sagten, es gehe bei ihren Plänen um eine Milderung bei der sogenannten kalten Progression, bei der Lohnerhöhungen bei starker Preissteigerung größtenteils durch die Steuerlast wieder aufgezehrt werden. Finanzminister Schäuble dämpfte aber die Erwartungen: Die Pläne würden „nicht zu dramatischen Entlastungen“ führen. Kommentar Seite 2

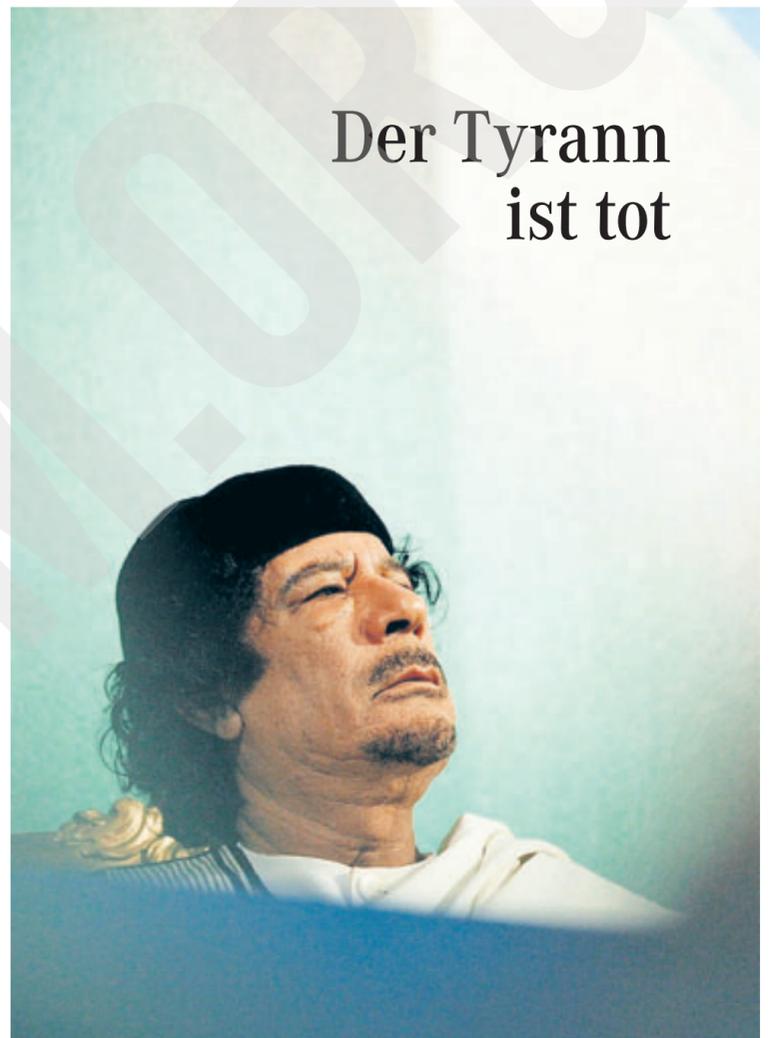
Teure Planungspannen

Steuerzahlerbund kritisiert Verschwendung / Drei Fälle in Bremen

VON NORBERT HOLST

Berlin. Abschüssige Sportplätze, Stadiontribünen ohne Sicht auf das Spielfeld oder eine Brücke, deren Millionenkosten sich plötzlich verdreifachen: Der Bund der Steuerzahler (BdSt) sieht trotz aller Sparappelle einen sorglosen Umgang mit Steuergeldern. Viel zu oft gehe die öffentliche Hand unwirtschaftlich mit Steuergeld um, kritisierte Präsident Karl Heinz Däke in Berlin bei der Vorstellung des jährlichen Schwarzbuches. „Egal ob beim Bund, den Ländern, Kommunen oder der EU – es werden Steuergelder zum Fenster hinausgeworfen“, mahnte Däke.

Bremen ist mit drei bekannten Ärgernissen im Schwarzbuch vertreten. Unter der Rubrik „Fehlplanungen“ finden sich die unstrittigen Parkplätze im Bereich des erweiterten Concordia-Tunnels. Kostenpunkt: rund 20 Millionen Euro. Einschätzung des Steuerzahlerbundes: „Ein teurer Straßenabschnitt als Parkplatz“, der Ausdruck einer „Hü-und-Hott-Politik“ sei. Fall Nummer zwei (Rubrik „Teure Annehmlichkeiten“) ist der sogenannte „Palazzo Pisso“ auf dem Domshof. Andere öffentliche WCs wurden geschlossen, doch der 20-Jahres-



Der Tyrann ist tot

Der ehemalige libysche Machthaber Muammar al-Gaddafi, hier eine Aufnahme von August 2010, wurde in seiner Geburtsstadt Sirte erschossen. FOTO: ACTION PRESS

Tripolis. Der ehemalige libysche Machthaber Muammar al-Gaddafi ist tot. Zwei Monate nach seinem Sturz wurde der 69-Jährige gestern in seiner Heimatstadt Sirte von Milizionären getötet, wie Ministerpräsident Mahmud Dschibril in Tripolis bestätigte. Damit ist neun Monate nach Beginn des „Arabischen Frühlings“ auch in Libyen der Weg frei für die Bildung einer provisorischen Übergangsregierung und die Vorbereitung demokratischer Wahlen. Im ganzen Land feierten die Menschen das Ende der knapp 42 Jahre langen Herrschaft.

Gaddafi ist in seiner Geburtsstadt Sirte offenbar noch lebend in die Hände der Aufständischen gefallen. In einem vom TV-Sender Al-Arabija ausgestrahlten Video ist angeblich der verwundete Gaddafi zu sehen. Ein Arzt bestätigte nach einer Untersuchung, Gaddafi sei am Kopf und am Bauch von Schüssen getroffen worden. Am Abend wurde zudem der Tod der Gaddafi-Söhne Saif al-Islam und Mutassim vom staatlichen Fernsehen bekannt gegeben. Beide sollen ebenfalls in Sirte getötet worden sein. Kommentar Seite 2, Thema Seite 3

Toter bei Unruhen in Griechenland

Athen-Berlin. Die schweren Krawalle in Athen haben ein erstes Todesopfer gefordert. Während gestern erneut Zehntausende gegen ein neues hartes Sparprogramm friedlich demonstrierten, kam es am Rande der Proteste zu Zusammenstößen zwischen Vermummten und kommunistischen Gewerkschaftsmitgliedern. Dabei erlitt ein 53-jähriger Mann einen Herzinfarkt. Mindestens 40 Menschen wurden verletzt. Am Abend stimmte das Parlament dem Spargesetz zu. Mit dem neuen Gesetz wird die Entlassung von Staatsbediensteten ermöglicht. Zudem werden die Löhne von Staatsbediensteten und viele Renten um rund 20 Prozent gekürzt. Das Gesetz war eine der Voraussetzungen, damit die Geldgeber Griechenlands grünes Licht für die nächste Tranche der Finanzhilfe für das vom Bankrott gefährdete Land geben.

Unterdessen gibt es weiter Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich über die Ausgestaltung des Euro-Rettungsfonds: Nach dem Euro-Gipfel am Sonntag soll daher ein weiteres Krisentreffen der Euro-Staats- und Regierungschefs bis spätestens Mittwoch stattfinden, wie die Regierungen in Berlin und Paris gestern mitteilten. Berichte Seite 4